

Stand: 07.05.2026 12:37:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3194

"Bayerische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3194 vom 02.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5322 des VF vom 12.02.2015
3. Beschluss des Plenums 17/5478 vom 26.02.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Aufnahmeanordnungen für syrische und irakische Staatsangehörige nach § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) zu erlassen, mit dem Ziel, die Ermessensspielräume für die Gewährung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen großzügig auszuschöpfen.

Begründung:

Der blutige Bürgerkrieg in Syrien hat sich nun auch auf weite Teile Nordiraks ausgeweitet. Die Gruppierung „Islamischer Staat“ ist ein Konglomerat aus unterschiedlichen islamistischen Gruppierungen und zeichnet sich durch brutales und rücksichtsloses Vorgehen in Syrien und im Irak aus. Ihre Opfer waren und sind nicht nur die Streitkräfte in Syrien und Irak, sondern in großem Umfang auch die Zivilbevölkerung, unabhängig von ihrer Religions- oder Volkszugehörigkeit. Auch Flüchtlingslager wurden angegriffen.

Ein Aufnahmeprogramm für Kriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak in Bayern würde dazu beitragen, dass viele Einzelpersonen und Familien sich in Sicherheit außerhalb des Kriegsgebiets aufhalten könnten. Die humanitäre Situation in den Anrainerstaaten ist extrem angespannt: Es sind 140.000 syrische Flüchtlinge in Ägypten, 600.000 in Jordanien, 230.000 im Irak, 830.000 in der Türkei und bald 1,2 Mio. im Libanon. Dazu kommen noch die täglich weiter steigenden Fluchtbewegungen der Schutzsuchenden aus dem Irak.

Für die Aufnahme von syrischen und irakischen Flüchtlingen, ist eine schnelle Reaktion auch aus Bayern notwendig. Die Staatsregierung hat bis heute noch kein eigenes Landesprogramm für die syrischen Flüchtlinge initiiert. In der aktuellen Notsituation muss jedoch Bayern Verantwortung zeigen und Programme für syrische und irakische Flüchtlinge auf den Weg bringen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/3194

Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ulrike Gote**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 5. Februar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 10. Februar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 12. Februar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/3194, 17/5322

Bayerische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Christine Kamm

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Karl Straub

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Florian Streibl

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten (Drs. 17/3194)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit und wie sie sich auf die Fraktionen verteilt, ist bekannt. Als Erster darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Krieg, Gewalt und Vertreibung machen weltweit unzählig vielen Menschen, vielen Familien mit Kindern, das Leben zur Hölle. Flucht erscheint vielen als der einzige Ausweg. Meine Kolleginnen und Kollegen, die Verzweiflung der Menschen muss unendlich groß sein, wenn man sieht, welche Schiffe sie im Winter besteigen, um sogar bei Windstärken um 8 noch zu versuchen, das Mittelmeer zu überqueren.

In Deutschland lebende Menschen mit syrischen Wurzeln haben nur eine geringe Chance, ihre Angehörigen aus den Krisen- und Kriegsregionen zu sich nach Deutschland zu holen und in Sicherheit zu bringen. Bund und Länder haben zwar eine Möglichkeit für eine legale Einreise geschaffen, allerdings nur für eine begrenzte Zahl und mit erheblichen bürokratischen Hürden. Das Bundeskontingent für 20.000 Flüchtlinge, die aus den syrischen Kriegsregionen praktisch nachgeholt werden könnten, ist mittlerweile ausgeschöpft und abgeschlossen. Ein neues Aufnahmeprogramm ist derzeit leider nicht in Sicht, obwohl die Bundeskanzlerin im Zuge des IS-Terrors versprochen hat, mehr zu helfen und auch den Flüchtlingen aus dem Irak zu helfen.

Neben dem Bundesprogramm haben sehr viele Bundesländer eigene Aufnahmekontingente erlassen, um zusätzlich Menschen aus der Not nach Deutschland zu holen, allerdings noch nicht Bayern. Ich möchte mich daher bei den Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER dafür bedanken, dass sie unseren Antrag auf eine bayerische

Aufnahmeanordnung bisher unterstützt haben, und hoffe sehr, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dass Sie die Chance heute nützen und sich anschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, natürlich können wir nicht alle Probleme lösen, aber wir sollten das tun, was wir tun können, zum Beispiel wenigstens den Familiennachzug erleichtern.

Ich möchte noch einmal an Sie appellieren, Ihre Ermessensspielräume bei den Ausländerbehörden hinsichtlich der Gewährung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen adäquat auszuschöpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte beispielsweise das Schicksal einer Mutter erwähnen, die ich kenne, deren Kinder auf der Flucht unterwegs nicht mitgenommen wurden, die in einem Zwischenland sind. Die Mutter denkt im Prinzip Tag und Nacht an nichts anderes als daran, wie sie es schafft, ihre zwei Töchter nachzuholen. Es dauert, und es zieht sich hin. Das ist wirklich eine ganz, ganz schlimme Situation, die wir einfach lindern könnten, wenn wir nur wollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der UNHCR sagt, dass ein Fünftel der Frauen in den Krisen- und Kriegsgebieten durch Visa-Regelungen und andere Beschränkungen von ihren Familien getrennt sind. Sie erleben unendlich viel Not und Leid, das wir wenigstens teilweise lindern könnten.

Ein weiterer Grund, warum wir unbedingt mehr tun sollten und handeln sollten, sind die zunehmenden Probleme in den Nachbarländern der Krisen- und Kriegsgebiete. Wenn wir erreichen wollen, dass diese nicht unter der jetzigen Situation kollabieren, sollten wir jetzt mehr tun. Ich erinnere an den UNHCR, der gesagt hat, Europa sollte

wenigstens für 5 % der Flüchtlinge aus den Krisen- und Kriegsgebieten Schutz bieten. Ich meine, ein bayerischer Beitrag wäre das Erste. Das Zweite wäre natürlich auch, für mehr europäische Solidarität zu werben, um die Not quasi vor Europas Haustür etwas zu lindern und die Situation etwas zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Für die CSU hat sich Kollege Straub gemeldet. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kamm, ich glaube, wir sind uns in einem absolut einig: Das ist eine schreckliche Situation, die uns täglich betroffen macht. Ich glaube, wir sind uns, wenn man die Fernsbilder sieht, auch einig, dass es eine dramatische Situation ist. Frau Kamm, wir sind uns auch darin einig: Wir müssen helfen. Ich habe schon einige Teilbereiche gehört. Sie haben heute erwähnt, dass wir hier nicht das ganze Leid lindern können. Damit haben Sie absolut recht. Ich glaube aber, wir sind uns noch nicht ganz einig über die Richtungen und darüber, wie wir Hilfe leisten müssen.

Was machen wir momentan bei uns? – Syrische Flüchtlinge kommen als Asylbewerber zu uns. Wir leisten – ich glaube, das ist das absolut Wichtigste – humanitäre Hilfe vor Ort. Wir nehmen syrische Flüchtlinge im Rahmen von Bundesaufnahmeverfahren auf. Sie haben richtig gesagt, dass es andere Länder gibt, die Landesaufnahmeprogramme haben. Darauf gehe ich etwas später ein. Wir sollten auch einmal anerkennen: Deutschland ist in Europa Vorreiter beim Schutz syrischer Flüchtlinge. Im Jahr 2013 haben wir knapp 12.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, im Jahr 2014 waren es bereits 40.000, und allein im Januar 2015 waren es schon weit über 5.000.

Die Anerkennungsquote liegt bei 100 %. Wir tun vor allem eines: Wir geben den syrischen Flüchtlingen eine Perspektive, weil wir, glaube ich, alle nicht damit rechnen können, dass sich die Probleme von heute auf morgen lösen werden.

Hier sei mir ein Schwenk auf die allgemeine politische Diskussion und ein Dank an unsere Staatsregierung erlaubt. Obwohl wir momentan nicht nur mit syrischen Flüchtlingen umgehen müssen, sondern auch mit Flüchtlingen aus vielen anderen Ländern, läuft der Winter-Notfallplan super. Ich meine, auch hier und vonseiten der Opposition gehört einmal anerkannt, dass Herr Staatsminister Herrmann, Frau Europaministerin Merk, die erst im Kosovo war, und unsere Sozialministerin einfach eine hervorragende Arbeit leisten. Das könnte man im Parlament auch einmal fraktionsübergreifend anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Bei einem solchen Tagesordnungspunkt kann man das Thema Kosovo und Balkan nicht außen vor lassen. In der Öffentlichkeit wird versucht, die CSU in ein rechtes, in ein braunes Eck zu drängen. Die CSU ist weder eine rechtsextreme noch eine braune Partei, sondern die CSU ist eine Partei, die vernünftig helfen will und vor allem will, dass die Hilfe auch bei den Leuten ankommt, die sie brauchen. Wir helfen keinem Kosovaren, wenn wir ihn für zwei Monate aufnehmen und ihn dann wieder zurückschicken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bin d'accord: Wir müssen im Kosovo etwas tun. Auch diesbezüglich geht ausdrücklich der Dank an Frau Staatsministerin Merk, die sich im Kosovo gezeigt hat. Es ist nicht der Sinn der Sache, einem Kosovaren zu versprechen, dass er bei uns 1.500 Euro Begrüßungsgeld erhält. Das wird er niemals bekommen. Wir müssen von hier aus Zeichen geben, dass dies nicht stimmt. Das müssen wir nach Europa hinaustragen.

Die wichtigste Hilfe ist meiner Meinung nach die humanitäre Hilfe vor Ort.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Auch diesbezüglich sind wir in Deutschland und in Bayern absolut Vorreiter und federführend. Ich glaube, wir können stolz sein.

Mit einem haben Sie recht, Frau Kamm: Wir müssen an Europa appellieren, dass insgesamt, also gesamteuropäisch, mehr getan wird.

Kommen wir zu den Aufnahmeprogrammen: Es gibt drei Bundesaufnahmeprogramme, zwei mit 5.000 und eines mit 10.000 Flüchtlingen. Das Bundesaufnahmeprogramm ist noch nicht abgeschlossen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Nein, es ist noch nicht abgeschlossen. Wenn die Anträge vorliegen, müssen wir es auch schaffen, die Leute zu uns ins Land zu bringen. Die Leute müssen im Libanon in die Botschaft. Der Bund hat alles dafür getan, dass die Bearbeitung der Anträge schneller vorangeht. Wir müssen die Leute aber auch in die Lage versetzen, zu uns zu kommen. Ich bin mir sicher, dass unser Innenminister, wenn das Bedürfnis wieder vorhanden ist, wenn die Botschaft wieder nachkommt, erneut darum kämpfen wird, dass es ein neues Bundesaufnahmeprogramm gibt.

(Beifall bei der CSU)

In Ihrem Antrag fordern Sie auch Hilfe für die Menschen im Irak. Hierzu vertritt unser Bundesinnenminister – auch da bin ich völlig konform – die Auffassung, dass momentan die beste Hilfe, die wir geben können, im Irak selbst ansetzt, dass wir also im Irak helfen. Das ist absolut vorrangig. Ich bin mir auch sicher – glauben Sie mir: wir alle sind bei diesem Thema mit Herzblut dabei -, dass unsere Minister auf Bundes- und Landesebene täglich kontrollieren, was zu tun ist.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zum Thema Landesaufnahmeprogramme: Sie haben angesprochen, dass es in anderen Ländern Landesaufnahmeprogramme gibt. Diese laufen aber nicht gut. Es ist einfach sehr schwierig, für ein und dieselbe Personengruppe zwei unterschiedliche Programme zu installieren. Vor allem sind bei den Landesaufnahmeprogrammen die Anforderungen an die Leute, die kommen, wesentlich höher als beim Bundesaufnahmeprogramm.

Zunächst muss das 3. Bundesaufnahmeprogramm voll abgearbeitet werden. Wir müssen uns zunächst über den Kanal, den Weg, der zu uns führt, kümmern. Wir sollten zusehen, dass das Bundesaufnahmeprogramm möglichst schnell abgearbeitet wird. Dann können wir sicherlich über vieles reden. Ein Landesaufnahmeprogramm macht aber überhaupt keinen Sinn. – Frau Kamm, ich freue mich schon auf Ihre Zwischenbemerkung.

(Beifall bei der CSU)

Bezüglich der Visumanträge müssen wir alles tun, dass es schneller geht. Dafür wird aber bereits vieles getan. Ich bitte um Respekt vor der Arbeit, die im Bund geleistet wird. Es bringt nichts, wenn wir ein Kontingent einführen und dieses nachher nicht abwickeln können. Ich bitte Sie, weiterhin konstruktiv mit uns zusammenzuarbeiten. Respektieren Sie bitte, was getan wird. Wir sollten ein gemeinsames Zeichen nach außen geben, dass wir den Leuten helfen, die aus politischen Gründen verfolgt werden oder vor einem Krieg flüchten. Diesen Leuten wird in Bayern und in Deutschland geholfen. Wir tun uns leichter, wenn wir uns auf diese Menschen konzentrieren.

Ich hoffe, dass wir in diesem Parlament bei diesem Thema noch näher zusammenrücken. Wir von der CSU sind hier auf einem absolut richtigen Weg. Lassen Sie uns weiter helfen. -Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Barbara Stamm (CSU): Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege. – Bevor wir zur Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm kommen, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Jetzt erteile ich Frau Kollegin Kamm zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Straub, Sie haben gesagt, es wäre richtig, die humanitäre Hilfe vor Ort zu leisten. Ich glaube, das eine schließt das andere nicht aus. In Bayern leben über 7.000 Menschen, die Angehörige zu sich holen und sich um sie kümmern wollen. Diese 7.000 Menschen sind bislang zur Hälfte nicht in dem Bundesaufnahmeprogramm mit 20.000 Menschen untergekommen.

(Barbara Stamm (CSU): Mein Gott! Wann kapieren Sie endlich, um was es geht?)

Es wäre doch eine humanitäre Geste zu sagen: Wir setzen das Programm fort. Das Bundesprogramm ist so weit abgearbeitet, dass 20.000 Einladungen ausgesprochen worden sind. Der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Herr Schmidt, hat gesagt, jetzt wäre es an der Zeit, dass sein Amt weiterarbeiten und dass ein Folgeprogramm aufgelegt werden sollte; ansonsten könnten derzeit auf dieser Basis keine weiteren Einladungen mehr ausgesprochen werden. Deswegen beantragen wir, dass dieses Programm fortgesetzt und dass ein bayerisches Aufnahmeprogramm geschaffen wird.

Die anderen Bundesländer haben insgesamt 8.600 Menschen über dieses Programm einreisen lassen. Wie gesagt: Hier handelt es sich um eine sichere Einreise. Bei dieser Einreise müssen sich die Menschen nicht auf das Mittelmeer begeben. Die große Zahl der Asylsuchenden konterkariert nicht die Forderung nach einem vernünftigen Einreiseprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN – Barbara Stamm (CSU): Was hat denn Kosovo mit dem Mittelmeer zu tun?)

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Kamm, humanitäre Gesten helfen den Syrern relativ wenig. Wir müssen den Menschen einen Weg zu uns ermöglichen. Wir müssen die Visa abarbeiten, damit die Menschen kommen können. Wenn die Menschen in Syrien auf der Liste eines Einladungsprogramms stehen, hilft ihnen das wenig. Die Leute müssen sich auf den Weg machen. Es hilft nichts, wenn ein Mensch in Syrien losreist, im Libanon an die Botschaft kommt und von dort nicht weiterreisen kann.

(Christine Kamm (GRÜNE): Die Menschen reisen zurzeit sowieso nur über die Türkei ein, weil das über den Libanon gar nicht mehr geht!)

Die Menschen müssen diesen Weg zurücklegen. Das können wir von Bayern aus nicht verhindern. Ich bin mir sicher, dass wieder ein Bundesaufnahmeprogramm kommen wird, wenn die Visa abgearbeitet sind. Das ist der Unterschied zu Ihnen: Wir von der CSU arbeiten nicht mit Gesten, sondern leisten eine konkrete Hilfe. Gesten helfen hier relativ wenig.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Pfaffmann für die SPD. Bitte sehr.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Debatte so anhört, glaubt man manchmal, man sei im falschen Film. Wir reden über Kontingente, über Visa und über Programme. In dieser Zeit, während wir fleißig diskutieren, steigen Menschen in Schlauchboote, begeben sich in Lebensgefahr und sterben im Mittelmeer. Das ist die bittere Wahrheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung, dass wir uns einig sind, dass wir helfen wollen. Es besteht gar kein Zweifel daran, dass es Programme gibt und dass die Bundesregierung ein Programm aufgelegt hat, das wir alle anschieben wollen. Aber diese ganze Diskussion erweckt immer wieder den Eindruck, als hätten wir damit unsere Pflicht und Schuldigkeit getan. Das ist eben nicht so.

Wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit nicht damit getan, dass wir ein Programm erfüllen und einer Quote zustimmen. Wir müssen beim Thema der humanitären Hilfe an unsere Grenzen gehen, an Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit. Wir müssen den Menschen sagen: Ja, das kostet Geld und Kraft. Wir dürfen aber nicht sagen: Wir sind beim Bundesprogramm dabei und wollen vor Ort helfen; damit haben wir unsere Pflicht getan. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben Ihre Pflicht damit nicht getan!

(Beifall bei der SPD)

Mit der Hilfe und der Pflichterfüllung ist es erst dann vorbei, wenn kein einziger Mensch mehr im Mittelmeer ersäuft. Dann haben wir unsere Pflicht erfüllt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Lieber Herr Kollege Straub, mir erschließt es sich nicht, dass Sie sich im Rahmen einer solch wichtigen Debatte, wo es nicht nur um parteipolitische Auseinandersetzungen geht, sondern um lebensrettende Maßnahmen, hier herstellen und Ihnen über zwei Drittel Ihrer Rede nichts anderes einfällt, als die eigene Partei zu loben. Sie sollten sich schämen! Das ist doch keine Problemlösung, wenn man ständig darauf hinweist, wie gut man ist und was der Herr Innenminister alles gemacht hat.

Ja, vieles ist gemacht worden. Aber das Problem ist nicht gelöst. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen würde ich gern den Weg einschlagen, den andere Bundesländer auch eingeschlagen haben. Wir sollten das nicht aus Jux und Dollerei tun, sondern deswegen, weil offenbar alle anderen Bundesländer erkannt haben, dass neben dem Bundesprogramm auch Länderinitiativen erforderlich sind, um Leben zu retten. Wir reden hier nicht über Asylpolitik.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen über lebensrettende Maßnahmen, nicht mehr und nicht weniger. Wir haben heute viel über Humanität und über Hilfe gehört.

Wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir auch ernst machen. Bei einem Land, das von der Staatsregierung immer als das beste, das schönste und das überwältigendste und reichste bezeichnet wird, können wir erwarten, dass es in der Frage der Humanität zum ebenfalls besten Land wird. Genau das wollen Sie aber nicht. Das erschließt sich mir nicht.

Ich appelliere an alle Verantwortlichen, sich bei diesem Thema nicht auf eine formale Debatte über Kontingente, über Visa oder über die Botschaft in Beirut zu beschränken, sondern sich von dem Gedanken leiten zu lassen, dass auch Bayern einen Beitrag im Rahmen der humanitären lebensrettenden Hilfe leisten kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns doch einig: Dieses Thema wird uns die nächsten Jahre begleiten. Oder glaubt jemand im Ernst, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien oder im Irak morgen vorbei sein werden? Sie werden auch nicht mit dem 3. Aufnahmeprogramm vorbei sein. Ich bin auch der Meinung, dass die Regierung in der kriegerischen Auseinandersetzung gegen Terrorbanden vor Ort durchaus richtig handelt. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist aber die humanitäre Katastrophe, die aus dem Vorgehen der Terrorbanden erwächst. Wir müssen daran mitwirken, die Folgen zu beseitigen. Dabei reicht es nicht, auf Bundesprogramme hinzuweisen. Ich erwarte hier auch ein humanitäres Zeichen aus Bayern. Vielleicht können Sie sich da einen Ruck geben. Was vergeben Sie sich denn schon, liebe Kolleginnen und Kollegen? Was ist denn so schlimm daran, einfach mal zu sagen: Jawohl, wir meinen es mit humanitärer, lebensrettender Hilfe ernst und legen wie alle anderen Bundesländer ein bayerisches Programm auf? – Das wäre Regierungsgröße. Eine Ablehnung dieses Antrags ist keine Größe, sondern letztendlich Versagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht jetzt Kollege Streibl. Bitte sehr.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier wirklich darum, dass Bayern Größe zeigen sollte und könnte; denn wie richtig gesagt wurde: Das Problem ist nicht gelöst. Es geht hier nicht um irgendwelche Wirtschaftsflüchtlinge, sondern es geht um Menschen, deren Leib und Leben gefährdet sind, die bedroht sind und die aus Ländern fliehen, in denen ein schrecklicher Krieg herrscht.

Wir redeten heute Vormittag in der Aktuellen Stunde darüber, wie schön Bayern ist. Bayern sei die Vorstufe zum Paradies. Auf gut lateinisch wird dies "Purgatorium" genannt. Meine Damen und Herren, gleichzeitig trifft über den Ticker die Meldung ein, dass in Nordsyrien über 350 Christen vom IS aus ihren Dörfern verschleppt worden sind. Was mit diesen Menschen passiert, können wir uns lebhaft vorstellen. Vielleicht können wir es uns sogar nicht vorstellen, weil es so grausam ist.

Nun geht es darum, dass Bayern als letztes Bundesland ein Aufnahmeprogramm auflegen soll, um einen Familiennachzug zu regeln. Es geht nur darum, dass Flüchtlinge aus Anrainerstaaten von Syrien, die sich dort in Flüchtlingscamps aufhalten, nach Bayern kommen können, wenn sie hier Verwandte haben. Darum geht es, um nicht mehr. Es geht darum, dass wir diesen Menschen die Möglichkeit bieten, wieder zusammenzukommen.

Ich verstehe wirklich nicht, was daran so schwer sein soll, wenn doch alle anderen Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland diese Möglichkeit gewähren und wenn das auch von der Bundesregierung und dem Bundesrat so gewünscht ist. Warum sperren wir uns dagegen? – Das konnte mir bis jetzt keiner von Ihnen sagen. Was ist daran so schwierig? - In Bayern gibt es 7.000 Syrer, deren Familien in Flüchtlingslagern leben. Warum können wir sie nicht nachziehen lassen? Können Sie nicht verstehen, was in diesen Menschen vor sich geht, deren Familien getrennt sind? – Es geht um Kinder, um Mütter, um Väter und um Geschwister. Können wir sie nicht hierherkommen lassen? – Entsprechend den Auflagen müssten im Grunde die Verwandten für ihre Lebenshaltung sorgen. Sie fallen uns dann also nicht einmal zur Last. Es

geht nur darum, die Möglichkeiten auszuschöpfen, die wir in Bayern haben und die auch andere Bundesländer ausschöpfen. Vor diesem Hintergrund kann ich die Haltung der CSU-Fraktion nicht verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt ein Highlight, eine Sternstunde dieses Parlaments erlebt. Warum können wir nicht eine weitere Sternstunde folgen lassen? – Bitte geben Sie sich einen Ruck und denken Sie an das "C", das Sie in Ihrem Parteinamen tragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Streibl. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir müssen allerdings noch eine Minute warten, bis wir zur namentlichen Abstimmung kommen können.

(Zuruf von der CSU: Zum nächsten Punkt!)

- Nein, mit dem nächsten Punkt fangen wir jetzt nicht an, sondern ich gebe **außerhalb der Tagesordnung** gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag die folgenden Ausschussumbesetzungen bekannt: Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass die Abgeordneten Rüth und Ländner ihre Ausschusssitze getauscht haben. Anstelle des Kollegen Berthold Rüth wird Herr Kollege Manfred Ländner neues Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus. An dessen Stelle wird Herr Kollege Rüth neues Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes.

Außerdem wurden von der Fraktion der FREIEN WÄHLER folgende Ausschussumbesetzungen mitgeteilt: Herr Kollege Dr. Hans Jürgen Fahn wird anstelle der Kollegin Eva Gottstein neues Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration. Anstelle des Kollegen Dr. Fahn wird Herr Kollege Professor Dr. Michael Piazzolo neues Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus. Ich bitte um die entsprechende Kenntnisnahme.

Ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 11. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3194. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über diesen Antrag. Die Verwaltung signalisiert mir, dass wir abstimmen können. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 16.56 bis 17.01 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte darum, das Ergebnis draußen zu ermitteln. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten", Drucksache 17/3194 bekannt. Mit Ja haben 56 Abgeordnete, mit Nein haben 79 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es eine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.02.2015 zu Tagesordnungspunkt 11: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten (Drucksache 17/3194)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	56	79	1